

Der rationale Kern

Corona-Proteste: Das Mißtrauen gegenüber den Manipulationen der Politik kommt nicht von ungefähr

Thorsten Hinz

Die Frage, ob die Teilnehmerzahl bei der Berliner Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen im fünf- oder sechsstelligen Bereich lag, ist unerheblich. Die Zahl war augenscheinlich größer, als man angesichts des medialen, politischen und sozialen Drucks, dem die als „Covidioten“ geschmähten Regierungskritiker ausgesetzt sind, erwarten durfte. Wer gegen die Regierungspolitik auf die Straße geht, muß erst einmal seine Angst überwinden. Wie begründet sie ist, zeigt die stellvertretende Abstrafung eines demonstrierenden Basketball-Spielers, dem umgehend vom Verein gekündigt wurde.

Mit aller Kraft wird die nächste Kundgebung am 28. August sabotiert. Busunternehmen stehen unter Druck, und ein mäßig begabter Kabarettist, der die Sprechweise der erklärten „Querdenker“ zu zerlegen versucht, wird als „Starkomiker“ installiert.

Nun sind die Reden, Losungen und Äußerungen, die man aus dieser spontan entstandenen Bewegung vernimmt, tatsächlich diffus, von Emotionen gesteuert und von politischer Reflexion oder Programmatik weit entfernt. Aus medizinischer Sicht sind sie teilweise zweifelhaft. Einen rationalen Kern enthalten sie dennoch. Viele Menschen fühlen sich als unfreiwillige Probanden in einem riesigen Feldversuch, mit dem erprobt wird, wie man eine große Population neu strukturiert, normiert, ihr Verhalten bis ins Detail steuert und ihr gleichzeitig die Überzeugung einpflanzt, in völliger Freiwilligkeit einer höheren Einsicht und Moral zu folgen.

So markiert die Mund-Nasen-Maske einen Bruch mit der tradierten Alltagskultur. Unsere Kommunikation vollzieht sich weitgehend nonverbal. Über den Gesichtsausdruck signalisieren wir Sympathie, Anteilnahme, Mißbilligung; durch ihn tauschen wir uns mit dem unbekanntem Gegenüber aus, daß wir nichts voneinander zu befürchten haben. Eben deshalb empfinden wir den islamischen Gesichtsschleier auf unseren Straßen als so bedrohlich. Die Maskenpflicht – ob sinnvoll oder nicht – enthält den Zwang zur kulturellen Selbstentfremdung.

Die Politik hat die Corona-Pandemie nicht erfunden; sie hat jedoch ihr manipulatives Potential früh erkannt und genutzt. Im vertraulichen Strategiepapier der Bundesregierung – inzwischen im Internet nachzulesen – ist von einer „gewünschten Schockwirkung“ die Rede. Es müsse an die „Urangst“ jedes Menschen vor dem Ersticken appelliert werden mit dem Ziel, daß „Politik und Bürger (...) als Einheit agieren“. Der Demos wird als formbare Masse betrachtet, der durch psychologische Tricks auf Gefolgschaftstreue verpflichtet wird.

In den Zusammenhang gehören die Dauerbeschallung mit der „zweiten Welle“, die voyeuristische Darstellung schwerer Symptomatik und die täglichen Alarmmeldungen der Neuinfektionen. Diese sind gänzlich sinnfrei, weil die Bezugs- und Vergleichsgrößen fehlen. Wie zuverlässig sind die Tests? In wie vielen Fällen führt die Infektion zur Erkrankung? Was sind die prozentualen Anteile der schweren, leichten und symptomfreien Verläufe? Wie hoch ist die Sterberate im Vergleich zur Mortalität der alljährlichen Grippewellen?

Wo Propaganda ungeniert die Information ersetzt, wuchern Mutmaßungen über sinistere Verschwörungen. Tatsächlich wurden im Zuge der Pandemie Maßnahmen beschlossen, die zuvor nicht durchsetzbar waren. So hat die EU eine als „Wiederaufbaufonds“ getarnte Schuldenunion beschlossen, als wäre ein Tornado durch Südeuropa gefegt und hätte blühende Industrielandschaften in Trümmerfelder verwandelt. Regierungstreuen Zeitungen wurden mehr als 200 Millionen Euro an Steuergeld zugeschanzt, während oppositionelle Blogger und Aktivisten als Verschwörungstheoretiker aus dem Internet verbannt werden. Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wird offen in Frage gestellt.

Uno-Generalsekretär António Guterres nimmt Corona zum Anlaß, ein „Neues Globales Abkommen“ anzuregen, um Macht, Reichtum und Chancen „gerechter“ auf der Welt zu verteilen und Populismus, Nationalismus, Extremismus und Rassismus zu bekämpfen. Das wäre ein globalistischer Generalplan, um in den funktionierenden Nationalstaaten die Freiheitsrechte einzuschränken. Es gibt also nicht zuviel, sondern viel zu wenig Mißtrauen gegenüber den medizinisch begründeten Einschränkungen.

Diese Fakten, Entwicklungen und Perspektiven werden von den Protestlern kaum einmal in einen reflektierten Zusammenhang gebracht. Einerseits sind der spontane Charakter und die Strukturlosigkeit eine Stärke der Corona-Bewegung, denn wo alles fließt, landet selbst die Nazi-Keule nur einen Schlag ins Wasser. Doch das Fehlen eines organisatorischen und konzeptionellen Gerüsts ist auf längere Sicht eine Schwäche, weil Bewegungen nur bestehen, solange sie wachsen. Wenn sie ihren Höhepunkt erreicht, ihr Potential ausgeschöpft haben, zerfallen sie wieder. Auch die französische Gelbwesten-Bewegung ist diesem Gesetz nicht entgangen.

Weltanschaulich lassen sich die Corona-Demonstrationen und -Kundgebungen nicht klar verorten. Sie versammeln einen Querschnitt wütender Anhänger aus allen politischen Lagern neben Unpolitischen, Anarchos, Hallodris und religiösen Spinnern. Die Heterogenität ist das Spiegelbild einer postmodernen Gesellschaft. Eine rechte Revolte, ein nationaler Aufstand, eine konservative Revolution kündigt sich hier gewiß nicht an. Würden Rechte und Konservative versuchen, sich an die Spitze des Zuges zu setzen, würde das nur zu gegenseitiger Kompromittierung führen. Doch sollten sie sich von der gärrigen Szene auch nicht hochmütig distanzieren, sondern ihr vielmehr Erkenntnis- und Formulierungshilfen liefern. Wer in der Praxis ohnmächtig ist, kann in den Lagebeschreibungen und Analysen um so klarer und kompromißloser sein.

„Das hat schon etwas Totalitäres“

Eine „Herrschaft der Moral“ untergräbt unseren Rechtsstaat und zerstört die demokratische Debatte, warnt Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen

Moritz Schwarz

Herr Dr. Maaßen, Boris Palmer hat vor einer „Verbotswelt“ in Deutschland gewarnt, in der beim kleinsten Fehler „moralische Verdammnis“ drohe. Denn das, so der Tübinger Oberbürgermeister, „zerstöre (unsere) liberale Demokratie“. Hat er recht?

Hans-Georg Maaßen: Ich bin ja Jurist und das aus Leidenschaft. Und deshalb erschreckt es mich, ihm teilweise recht geben zu müssen. Ich sehe mit großer Sorge, daß der Rechtsstaat – also die Herrschaft des Rechts – durch eine Herrschaft der Moral mehr und mehr untergraben wird.

Bekannt ist Bärbel Bohleys enttäuschtes Diktum: „Wir wollten Gerechtigkeit, aber bekamen den Rechtsstaat.“ Ist Moral also nicht das bessere, ethisch höhere Gut?

Maaßen: Nein. Zwar stellt das Recht in der Tat lediglich ein moralisches Minimum dar. Andererseits aber ist eben das die Vorbedingung der Freiheit.

Freiheit ist also der Raum, der entsteht, wenn Moral minimiert ist?

Maaßen: Ja, denn Recht regelt zum einen, wo die Grenze dessen verläuft, auf das sich alle als Mindestmaßstab einigen. Und es garantiert so zum anderen, daß man jenseits dessen tun kann, was man will, ohne Strafe fürchten zu müssen.

Was bedeutet es dann für eine freiheitliche Gesellschaft, wenn die Herrschaft der Moral, die des Rechts unterläuft?

Maaßen: Es hebt die Freiheitlichkeit aus. Erstens indem ein moralisches Verbotssystem das rechtliche überlagert und so die eigentlich verbürgte Freiheit immer weiter einengt. Zweitens indem die Grenze nicht mehr eindeutig definiert ist, und so unklar wird, was noch „erlaubt“ und was schon „verboten“ ist.

Zum Beispiel?

Maaßen: Der Begriff Mohr, der völlig unbescholten ist. Afrikanischen Gästen in Berlin etwa müssen Sie erst mal erklären, warum die Berliner Mohrenstraße ein Problem sein soll. Aber infolge der aktuellen Diskussion über Rassismus meiden die Leute das Wort Mohr, weil sie nicht als Rassisten abgestempelt werden wollen. Die Furcht, eventuell etwas „Falsches“ zu sagen und dafür sozial bestraft zu werden, führt also dazu, daß die Bürger sogar mehr Zurückhaltung üben, als die Moral zunächst fordert. Die Spirale wird so enger und enger.

Vom Wort Mohr hängt doch nicht unsere Freiheit ab.

Maaßen: Sie hatten nach einem Beispiel gefragt. Dann nehmen Sie den Fall einer Gastwirtin aus NRW, die unlängst eine AfD-Gruppe zu Gast hatte. Danach stellte sie ein Selbstbeichtigungsvideo ins Netz, in dem sie unter Tränen beteuerte, nicht gewußt zu haben, daß sich hinter der Anmeldung AfDler verborgen hatten.

Wenn sie das nicht wußte, ist das doch kein Beispiel für vorausseilende Selbstzensur.

Maaßen: Doch, denn hätte sie es gewußt, hätte sie freiwillig die Grenze enger gezogen, aus Angst sie zu verletzen. Und dann diese öffentliche Selbstanklage und unter Tränen Abbitte zu leisten – das hat schon etwas Totalitäres.

Verharmlost es nicht echte Diktaturen, von „totalitär“ zu sprechen, solange nur soziale, nicht aber staatliche Repression droht?

Maaßen: Nein, denn manchmal ist der öffentliche Pranger sogar weit schlimmer für einen Menschen als etwa ein Bußgeld oder Strafbefehl. Zum einen, weil die materiellen Folgen verheerend sein können. Etwa wenn jemand daraufhin vom Arbeitgeber entlassen wird oder als Selbständiger seine Kunden verliert. Zum anderen, wenn die Folgen psychosozial sind, wenn man also – selbst falls man seinen Arbeitsplatz nicht verliert – zwischenmenschlich isoliert wird. Der Mensch ist bekanntlich ein soziales Wesen, wodurch Ausgrenzung – gleich ob andere den Betreffenden freiwillig meiden oder aus Angst, sonst selbst ausgegrenzt zu werden – eine äußerst empfindliche Strafe ist, die sogar zermürender sein kann als eine rechtliche. Diesbezüglich spreche ich auch aus meiner Erfahrung als ehemaliger Nachrichtendienstchef: Nicht umsonst ist soziale Isolation typisches Merkmal totalitärer Systeme. Dabei ist sie nicht nur sehr wirksam, sondern auch subtil – wird also vor allem eingesetzt, wenn nach außen der Anschein der Freiheit gewahrt werden soll.

Aber hat nicht jede Gesellschaft oberhalb rechtlicher Normen zusätzliche, strengere Moralgesetze, die sozial sanktioniert sind?

Maaßen: Hier ist zu unterscheiden: Sicherlich hat jede Sub-Gesellschaft wie Familie, Verein oder Firma ihre eigenen Sozialnormen. Aber die Sanktionen bei Verstößen sind regelmäßig nicht grundrechtsrelevant. Zum Beispiel wenn man wegen eines bestimmten Verhaltens nicht mehr zum Geburtstag eingeladen wird oder wenn sich Freunde von jemandem distanzieren. Man hat keinen Anspruch darauf, eingeladen zu werden, und man selbst hat auch die Möglichkeit, sich andere Freunde zu suchen. Etwas anderes ist es, wenn es am Arbeitsplatz geschieht, hier ist man schnell beim sogenannten Mobbing – und der betroffene Mitarbeiter wird durch Gesetze davor geschützt, weil Ausgrenzungen am Arbeitsplatz grundrechtsrelevant sein können. Auch in der Gesamtgesellschaft bestehen bestimmte traditionelle ungeschriebene weiche Sozialnormen, etwa wie man einander grüßt oder wie man sich bei bestimmten Anlässen kleidet etc. Die Sanktionen bei Verstößen gegen diese Sozialnormen sind

aber nicht so weitgehend, daß die Grundrechte des Betroffenen eingeschränkt werden.

Jene, die Ausgrenzung „unbotmäßiger“ Bürger fordern, argumentieren, diese sei nur die natürliche Reaktion einer demokratischen Gesellschaft. Die der Tabubrecher also selbst provoziert habe und die er zudem durch Verhaltensänderung jederzeit selbst beenden könne. Ist da nicht auch etwas dran?

Maaßen: Nein, denn gerade das ist ja das Totalitäre daran! Da, wie gesagt, im freiheitlichen Rechtsstaat die Grenze des Sagbaren das Recht definiert – was bei uns sogar im Grundgesetz verankert ist, Stichwort Meinungsfreiheit –, haben Meinungsäußerungen, die diese Grenze – inklusive des Volksverhetzungsstraftatbestands – nicht verletzen, sanktionslos zu bleiben. Eben das macht die liberale Demokratie aus! Ein paralleles soziales Recht, durchgedrückt von einer Gruppe ohne demokratische Legitimation, stellt daher eine Aushöhlung der Meinungsfreiheit dar und somit einen Angriff auf das Grundgesetz und den liberalen Rechtsstaat!

Aber findet das hierzulande statt oder behaupten Sie das nur? Bisher haben Sie – außer Mohr – kein Beispiel dafür genannt, daß Ihre Analyse die Realität beschreibt.

Maaßen: Es ist wohl unstrittig, daß zum Beispiel etliche nichtlinke Standpunkte gezielt ausgegrenzt werden. Das wird ja sogar ganz offen gefordert. Ich denke da zum Beispiel daran, daß mir ein Fernsehjournalist vorhielt, ich würde mich „rechtspopulistisch“ äußern, als ich sagte, Asylrecht genießt nicht, wer aus einem sicheren Drittstaat kommt. Das ist die Formulierung aus Artikel 16a des Grundgesetzes – schon bestimmte Zitate aus dem Grundgesetz werden also bereits als „rechtspopulistisch“ stigmatisiert. Doch mit einer demokratischen Debatte ist das Ausgrenzen rechtskonformer Meinungen unvereinbar. Denn das Merkmal demokratischer Debatten ist gerade die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller Meinungen – mit Ausnahme der extremistischen. Wobei man sich auch diese anhören muß.

Inwiefern?

Maaßen: Ich meine den Irrglauben, wir hätten ein Recht darauf, von extremistischen Meinungen per se verschont zu bleiben. Das ist nicht der Fall, und zwar wegen des Primats der Meinungsfreiheit, die auch extremistische Meinungen bis zu einem gewissen Grad schützt.

Bis zu welchem?

Maaßen: Zulässig ist es, bestimmte extremistische linke oder rechte Inhalte zu äußern, etwa links die Enteignung der Wirtschaft oder auf politisch rechter Seite die Abschaffung des Asylrechts. Meinungsfreiheit gilt grundsätzlich auch für diese Meinungen, soweit man sich damit nicht strafbar macht. Unzulässig wird es, wenn

Bürger mit ihrer nicht extremistischen Meinung von der demokratischen Debatte ausgeschlossen werden, nach der Devise: Mit denen redet man nicht! Die Ersetzung des Rechts durch Moral führt dazu, daß der demokratische Grundsatz der Gleichheitwertigkeit der Meinungen dem nichtdemokratischen Prinzip weicht, daß „falsche“ Meinungen kein Recht auf Partizipation hätten. Doch genau das ist das typische Merkmal des Totalitarismus, wo die Debatte durch das Dogma ersetzt wird und nur noch „Rechtgläubigen“ Partizipation gewährt wird.

Wir sind also keine freiheitliche Gesellschaft mehr, sondern bereits eine totalitäre?

Maaßen: Nein, das wäre ein Mißverständnis. Denn ich spreche von der Debatte – nicht aber von unserer Demokratie an sich. Zwar ist die Debatte ein wichtiges Element der Demokratie, aber sie ist nicht mit ihr identisch. Deshalb bedeutet der Umstand, daß sie totalitäre Züge entwickelt – so beunruhigend das ist – noch lange nicht, daß wir im Totalitarismus leben, also die Demokratie abgeschafft wäre. Davon sind wir zum Glück noch weit entfernt!

Was kann nun gegen diese Entwicklung getan werden?

Maaßen: Da wir also trotz allem eine Demokratie haben, gibt es immer noch etliche Möglichkeiten, sich dem entgegenzustellen. Ich tue das ja etwa, wie bekannt, durch mein Engagement in der Werteunion. Natürlich erleben wir in der CDU einen teilweise bestürzend illiberalen Umgang mit uns. Etwa wenn wir sogar von Parteifreunden öffentlich als „Krebsgeschwür“ diffamiert werden. Oder wenn Medien, statt die Politik der Herrschenden kritisch zu hinterfragen, sie vor den Kritikern schützen, indem sie Kritiker diskreditieren und diffamieren.

Wenn in unserer Gesellschaft Totalitäres im Gange ist, müßte dann nicht der Verfassungsschutz Alarm schlagen?

Maaßen: Nein, schon einmal weil „totalitär“ für den Verfassungsschutz keine Rolle spielt. Sein Kriterium ist der „Extremismus“: also die Frage, ob die verfassungsmäßige Ordnung gezielt überwunden werden soll. Zudem hat er über Personen und Gruppen zu wachen, die solches betreiben, nicht aber über „Tendenzen“ in der Gesellschaft.

Aber diese Tendenzen manifestieren sich doch nicht aus dem Nichts, sondern werden von Personen und Gruppen getragen. Etwa wenn die CSU die AfD zu „Feinden Bayerns“ erklärt, wenn staatliche Fördermittel der zum Teil terroristischen Antifa zufließen oder die Bundesregierung, Medien und öffentliche Institutionen ganz offiziell den „Kampf gegen Rechts“ finanzieren.

Maaßen: Oder wenn eine Organisation wie die Amadeu-Antonio-Stiftung eine solche Stimme in der Politik bekommt – was ich als so etwas wie ein Organversagen der Politik betrachte. Dennoch entspricht es nicht dem Auftrag des Verfassungsschutzes, die Regierung, Parteien oder unsere Medien zu überwachen. Diese Mißstände zu beseitigen ist Aufgabe der Gesellschaft, also der Öffentlichkeit, Parteien, Medien,

Institutionen etc. Die aber tun das unzureichend. Und so wären wir wieder am Anfang unseres Problems.

Wie konnte es so weit kommen?

Maaßen: Ich glaube, weil die rationale Debatte, die auf schlüssigen Argumenten, belegbaren Fakten und gleichen Regeln für alle fußt, durch eine irrationale Debatte abgelöst worden ist, die allein auf Narrativen beruht. Das führt dazu, daß auch dann, wenn jemand, wie im Fall Sarrazin, seine Aussagen sogar mit Zahlen des Statistischen Bundesamtes und Erkenntnissen wissenschaftlicher Kapazitäten belegen kann – also nach bürgerlichen Maßstäben bewiesen hat, recht zu haben – sich nicht gegen das linke Narrativ durchsetzen kann und als „Populist“ gilt. Oder wir sehen das auch aktuell beim Vorwurf des „strukturellen Rassismus“ und der „rassistischen Gewalt“ gegenüber der Polizei. Der zwar durch nichts belegt ist – und dennoch von einem Teil der Politik und etlichen Medien so behandelt wird, als sei er längst bewiesen. Geschickterweise wird von diesen gar nicht erst die Frage gestellt, ob er zutrifft. So muß man den Vorwurf auch gar nicht mehr erst beweisen – und es siegt das Narrativ.

Ist die Lage also Folge eines Versagens der Bürgerlichen, die sich linken Narrativen unterwerfen, statt auf rationaler Debatte – Argumente, Fakten, Parität – zu bestehen?

Maaßen: Nun, der Angriff kommt von links, das wollen wir nicht vergessen. Wenn man dem bürgerlichen Lager etwas vorwerfen kann, dann daß es diesen nicht rechtzeitig erkannt hat. Inzwischen sind wirkliche Bürgerliche aus den Medien und Institutionen vielfach verschwunden. Man hat also gar nicht mehr die Macht, noch eine andere Debatte einzufordern. Fast bleibt ja den Bürgerlichen kaum noch etwas anderes übrig, als sich ins Privat- und Berufsleben zurückzuziehen.

Union, FDP und SPD gelten traditionell als Hüter der bürgerlichen Demokratie und müßten folglich den Kampf führen – tun sie aber nicht. Haben sie also versagt?

Maaßen: Die FDP ist inzwischen kaum mehr vernehmbar. Die SPD unterliegt seit Jahrzehnten dem Einfluß äußerst linker Positionen, gegenüber denen sich abzugrenzen sie stets Probleme hatte. Und die Union unterliegt seit mindestens 15 Jahren einem Linkstrend, der sich in den letzten Jahren erheblich beschleunigt hat.

Das klingt fast verständnisvoll. Doch muß man diese „Hüter“ nicht anklagen, sich zu „willigen Vollstreckern“ gemacht zu haben?

Maaßen: Die Parteien spielen gar nicht die allein entscheidende Rolle. Wie gesagt sind es die Institutionen quer durch die Gesellschaft, die sich angepaßt haben – bis hin zu den Kirchen. Selbst wenn sie wollten, könnten die Parteien alleine das nicht ändern. Was wir erleben, sind die Auswirkungen einer chronischen Entwicklung, die seit Jahrzehnten andauert. Und durch die, um das einmal klar und deutlich zu benennen, Sozialisten die Deutungshoheit über politische Geschehnisse und die Herrschaft über den politischen Diskurs schrittweise an sich ziehen. Sie entscheiden

mittlerweile, wer mit welchen Themen zugelassen wird. Eine klassische sozialistische Strategie, wie ein Blick ins Geschichtsbuch zeigt – wie sie auch in der DDR angewendet wurde! Es handelt sich also um einen langwierigen Erosionsprozeß, der sich nicht mit einem politischen Kraftakt reparieren läßt, wie Sie ihn sich vielleicht wünschen. Sondern der einen grundlegenden demokratischen Heilungsprozeß erfordert, für den es wiederum einen langen demokratischen Atem braucht.

Dr. Hans-Georg Maaßen, war von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Der Jurist ist Mitglied der CDU und engagiert sich in der Werteunion. Geboren wurde er 1962 in Mönchengladbach.

Die Demographie verschiebt sich weiter

Nach den Randalenächten: Wie sieht es in unseren Großstädten aus? Ein statistischer Einblick

Björn Harms

Die Randalenächte von Frankfurt, Stuttgart oder Köln liegen noch nicht lange zurück. Große Gruppen junger Männer, überwiegend aus Migranten zusammengesetzt, hatten Polizisten angegriffen und die Innenstädte verwüstet. „Drohen uns französische Verhältnisse?“ fragte jüngst der öffentlich-rechtliche Sender Deutsche Welle. Doch stand schon kurze Zeit später nicht etwa der gewalttätige Mob im Fokus vieler Berichte. Ganz im Gegenteil: Frankfurts Polizei, die nach den Ausschreitungen konsequenter durchgegriffen und kontrolliert hatte, wurde schnell bewußtes „Racial Profiling“ vorgeworfen.

„Man wirft uns vor, rassistisch zu arbeiten und durch ‘Racial Profiling’ Personen zu kontrollieren. Das stimmt nicht“, wehrte sich Frankfurts Polizei-Chef Gerhard Bereswill Ende Juli in der Frankfurter Neuen Presse. Rund 53 Prozent der Einwohner hätten nunmal einen Migrationshintergrund. Bei Jugendlichen liege die Zahl bei knapp 70 Prozent. Da blieben Kontrollen auch bei ihnen nicht aus, zumal etwa im Kriminalitätsschwerpunkt „Bahnhofsviertel“ momentan rund 74 Prozent der Drogendealer Drittstaatler seien, also Nicht-Europäer, wie Bereswill erklärte.

Migrationsanteil in vielen Städten wächst weiter an

Tatsächlich fällt Frankfurt bei der Betrachtung der Kriminalität von Ausländern im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten deutlich heraus. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik aus dem vergangenen Jahr sind 68,1 Prozent der Tatverdächtigen nichtdeutscher Herkunft. Mit größerem Abstand folgt München (53,5 Prozent), dahinter

liegt Düsseldorf (52,3 Prozent). Bei den 18- bis 25jährigen Erwachsenen, also jener Gruppe, die häufig der sogenannten „Partyszene“ zugerechnet werden, haben 65,1 Prozent der Tatverdächtigen in Frankfurt keinen deutschen Paß. Bei Kindern unter 14 Jahren beträgt ihr Anteil sogar 69,6 Prozent. In beiden Fällen sind die deutschen Täter mit Migrationshintergrund nicht einmal mit einberechnet.

Klar ist: Die Demographie in Frankfurt am Main verschiebt sich. 2009 gab das Statistikamt folgende Zahlen heraus: 59,0 Prozent der unter 18jährigen waren deutsch und hatten keinen Migrationshintergrund. Knapp 22,7 Prozent der Deutschen hatten einen Migrationshintergrund. 18,3 Prozent wurden als Ausländer verzeichnet. Während zehn Jahre später in derselben Altersgruppe der Anteil der Ausländer auf 20 Prozent minimal gestiegen ist, kehrte sich das Verhältnis beim Migrationshintergrund beinahe um. Demnach hatten zum Stichtag 31. Dezember 2019 knapp 53 Prozent der deutschen Staatsbürger unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund. Deutlich weniger als ein Drittel der Frankfurter Jugendlichen hatten zwei deutsche Eltern.

Doch ist der hohe Migrantenanteil überhaupt ein Problem? Oder anders gefragt: Warum sind unter den Teilnehmern der Krawallnächte in Frankfurt, Stuttgart oder Köln so viele Migranten? Der Politikwissenschaftler und Gewaltforscher Stefan Luft meint „eine Gewaltaffinität von jungen Männern mit Migrationshintergrund, die oft auch muslimisch sind“, zu beobachten, wie er in der vergangenen Woche der Welt sagte. „Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen im Rahmen einer Kultur der Ehre“ seien eben vor allem in „muslimischen Kreisen ausgeprägt“.

Natürlich bringe die demographische Situation, das heißt Viertel mit einem hohen Ausländeranteil, Probleme mit sich. „Diese Stadtteile können Durchgangsstation oder Sackgasse sein“, meint Politologe Luft. Zunächst kämen viele Migranten in diesen Stadtteilen mit niedrigen Mieten an, um sich in ihrer ethnischen Gemeinde zu orientieren. Das habe zu Beginn positiven Charakter für die Eingewöhnung. Doch mit der Zeit würden sich diese Viertel zu „Mobilitätsfallen“ entwickeln.

In Frankfurt sind das etwa die Bezirke Bahnhofsviertel (52 Prozent Ausländeranteil), Innenstadt (46,4 Prozent), Griesheim (42 Prozent) oder Gallus (41,2 Prozent). In Duisburg-Marxloh haben rund 56,1 Prozent der Bewohner keinen deutschen Paß. Rechnet man den Migrantenanteil hinzu, kommen nochmals höhere Zahlen zustande. In Stuttgart hatten 2019 rund 45 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Die Zahlen steigen seit Jahren (2009: 40 Prozent, 1999: 36 Prozent). In einzelnen Stadteilen wie Stuttgart-Zuffenhausen ist der Anteil noch höher.

Auch in Hamburg-Veddel haben 70 Prozent der Bewohner ausländische Wurzeln. In der gesamten Hansestadt liegt dieser Anteil bei rund 35 Prozent und ist damit genauso hoch wie in Berlin, wo sich ebenfalls ein demographischer Wandel abzeichnet.

Im Hauptstadt-Bezirk Mitte haben mittlerweile 55 Prozent der Einwohner Migrationshintergrund, in Neukölln sind es 49 Prozent – vor zehn Jahren waren es hier

noch 39,6 Prozent. Bei den unter 18jährigen liegt der Wert derzeit bei rund 70 Prozent. In dieser Altersgruppe ragen in Berlin zudem die Ortsteile Wedding und Kreuzberg hervor. Hier haben 82 Prozent beziehungsweise 68,6 Prozent der Minderjährigen mindestens einen nichtdeutschen Elternteil, wie aus den Zahlen des Statistikamts Berlin-Brandenburg hervorgeht.

Junge Männer seien nunmal gewaltaffiner, heißt es

„Je höher der Anteil an Migranten, desto geringer die Notwendigkeit der Integration“, meint Hans-Jürgen Irmer, Bundestagsabgeordneter der CDU, im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT. „Wir haben eine starke Einwanderung in die Sozialsysteme, einen Mißbrauch des Asylrechts und einen in der Regel muslimischen Anteil Jugendlicher, die teilweise bereits hier geboren sind, aber nicht bereit sind, sich zu integrieren.“

Jedes Land dieser Welt könne einen kleinen überschaubaren Prozentsatz von Ausländern aufnehmen und diesen als Bereicherung empfinden. „Sobald aber Zahlen so groß werden, daß man selbst das Gefühl hat, langsam aber sicher zur Minderheit im eigenen Land zu werden, dann ist es eine Entwicklung, die höchst gefährlich ist“, sagt der Innenpolitiker.

Nun war die CDU jedoch seit Jahrzehnten in der Regierungsverantwortung. Trotzdem scheint die Gewalt junger Männer aus vielen Städten nicht mehr wegzudenken. „Die Politik hat parteiübergreifend die Verantwortung, diese Probleme zu lösen“, entgegnet Irmer. „Von Rot-Rot-Grün ist diesbezüglich kaum etwas zu erwarten.“ Auch in der CDU würde er sich natürlich „manchmal mehr Klarheit und Deutlichkeit wünschen“. Das Problem in Deutschland sei, daß kaum jemand den Mut habe, „die Mißstände beim Namen zu nennen“. „Ein Kardinalfehler“, wie Irmer erklärt. Kritiker würden „sofort in die rechte Ecke gestellt“ – sowohl aus der Politik als auch durch die überwiegend rot-grün dominierten Medien.

Und jene Medien werden nicht müde, seltsame Erklärungen für den hohen Anteil nichtdeutscher Täter in der Kriminalitätst Statistik zu finden. In der vergangenen Woche veröffentlichte beispielsweise die Süddeutsche Zeitung ein Erklärvideo, in dem auf den hohen Anteil junger Männer bei den Migranten verwiesen wurde. Und junge Männer als solche seien nunmal gewaltaffiner. Blicken wir zur Überprüfung einmal nach Aachen, wo laut städtischem Demographiemonitor von 2017 rund 22,9 Prozent der 18- bis 24jährigen Ausländer sind. Die Zahl dürfte mittlerweile leicht angestiegen sein. Laut PKS sind im vergangenen Jahr ganze 60,3 Prozent der Tatverdächtigen in der Gruppe der 18- bis 25jährigen nicht-deutscher Herkunft – ein deutlich überproportionaler Anteil also.

Gemäß der „Junge Männer“-Logik müßte es in der vergleichbaren Altersgruppe der Deutschen ähnlich viele Täter geben – gibt es aber nicht, diese sind mit 10,1 Prozent deutlich unterrepräsentiert. Schließlich liegt ihr Bevölkerungsanteil bei über 75 Prozent. Zudem sind Ausländer auch mit höherem Alter deutlich überrepräsentiert. Im

Beispiel Aachen beträgt der Anteil nichtdeutscher Täter in der Altersgruppe der 25- bis 60jährigen, die über die Hälfte aller Tatverdächtigen ausmachen, ganze 51,5 Prozent.

Curio: „Konsequente Remigration ist notwendig“

Die SZ verweist zudem auf ein unterschiedliches Anzeigeverhalten. Tatsächlich beweisen einzelne Studien, daß ausländische Täter in höherem Maße angezeigt werden als deutsche Täter. Doch ob dieser Fakt eine übermäßige Auswirkung auf die Statistik hat, ist mehr als fraglich. Als soziale Faktoren benennt das Blatt lediglich die Armut, während der kulturelle Hintergrund, den viele junge Männer mitbringen, komplett vernachlässigt wird. Können diese Argumente also überzeugen?

„Man mache sich über die tieferen Ursachen dieser Aggressivität der Migranten im öffentlichen Raum keine Illusionen“, meint der innenpolitische Sprecher der AfD, Gottfried Curio, gegenüber der JF. „Die sogenannten Flüchtlinge kommen aus archaischen islamischen beziehungsweise Clan-Gesellschaften, sind häufig geprägt von Bildungsferne und einer niedrigen Hemmschwelle zur Gewalt; das Recht des Stärkeren gilt kulturbedingt durchaus als legitimes Mittel der Durchsetzung – das staatliche Gewaltmonopol wird nicht akzeptiert.“

Natürlich könnten solche Personen in keine westliche Rechtsgesellschaft integriert werden. „Sie vergrößern hier nur die Parallelgesellschaften – eine konsequente Remigration ist notwendig“, so der AfD-Politiker.

Linksgrüne „Märsche für die Wissenschaft“

Die „Kurzzeitaffäre Nuhr“ enthüllt die ideologische Schlagseite der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Daniel Lohse

Weil Denken an Sprache gebunden ist, es aber keine Universalsprache gibt, kommt Vernunft nur im Plural vor. Also ist ermitteltes Wissen nicht mehr als eine Annäherung an die, aber nie „die“ Wahrheit. Woraus folgt, daß es auch wissenschaftliche Wahrheit nur im Plural gibt. An diese Selbstverständlichkeit, daß „Wissenschaft keine Heilslehre, keine Religion“ sei, die „absolute Wahrheiten verkündet“, hat Dieter Nuhr vor drei Wochen in einem 49-Sekunden-Clip für die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) betriebene Kampagnenseite „Gemeinsam #fürdasWissen“ erinnert.

Aber er hatte hinzugefügt, wer rufe „Folgt der Wissenschaft!“, habe dies „offensichtlich nicht begriffen“. Am 31. Juli entfernte die DFG den erbetenen Beitrag, weil Nuhr sich

ähnlich in der Klimadebatte geäußert habe, wo dies gegen Greta Thunberg und Luisa Neubauer zielte. Die DFG kapitulierte damit vor einem grünen „Shitstorm“, den die infantile Anhängerschaft der beiden Aktivistinnen entfesselt hatte (JF 33/20). Doch die Gegenöffentlichkeit nahm das nicht hin, am 6. August hieß es aus Bonn: „Die DFG bedauert es ausdrücklich, das Statement von Dieter Nuhr vorschnell von der Internetseite der Online-Aktion #fürdasWissen heruntergenommen zu haben.“

„Vorschnell geurteilt und verurteilt“

Nicht nur der Nuhr-Beitrag war wieder präsent, sondern die DFG schrieb weiter: „In verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft hat sich eine Debattenkultur entwickelt, in der oft nicht das sachliche und stärkere Argument zählt, in der weniger zugehört und nachgefragt, sondern immer häufiger vorschnell geurteilt und verurteilt wird.“ Und gerade bei Fragen wie dem Klimawandel oder der Coronavirus-Pandemie würden damit die „notwendige Diskussion um wissenschaftliche Themen und der konstruktive Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft behindert“.

Schließlich hatte die DFG vor nicht mal einem Jahr ihre „Zehn Thesen zur Wissenschaftsfreiheit“ proklamiert. Damit inszenierten sich die mächtigen Bonner Forschungsförderer, die alljährlich einen 3,3-Milliarden-Euro-Etat ausschütten, als Hüter der grundgesetzlich garantierten Freiheit von „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre“. Ein Engagement, das allerdings auch die klimabewegten „Märsche für die Wissenschaft“ einschloß und das im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit des 2019 ausgeschiedenen DFG-Präsidenten, des Altgermanisten Peter Strohschneider, stand.

Auch seiner Nachfolgerin, der Gießener Biochemikerin Katja Becker, ist das ein Herzensanliegen, wie sie in ihrer Einleitung („Freiheit für die Wissenschaft!“) zum DFG-Jahresbericht 2019 beteuert. Unter den „Zehn Thesen“ deutet aber nur die fünfte ein pluralistisches Wahrheitsverständnis wenigstens an, indem sie betont, die DFG würde Mittel auch für „Forschungsgegenstände außerhalb aktueller Trends“ gewähren, um „die Vielfalt des Systems zu erhalten“.

Doch meint das nicht Konkurrenz um viele Zugänge zur Wahrheit, sondern ist als Mahnung zu lesen, Wissenschaft möge sich nicht auf anwendungsbezogene Projekte und deren „ökonomischen Nutzen“ verengen. Relevanz für den „Fall Nuhr“ hätten dann nur die neunte und zehnte These zur wissenschaftsinternen „Debattenkultur“ und zu deren Überführung in gesellschaftliche „Diskussionen“. „Offene Diskurse und Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden“ bildeten das „wesentliche Fundament der Wissenschaftsfreiheit“. Allen „Studierenden“ müsse daher „der hohe Wert einer freien wissenschaftlichen Debatte vermittelt werden“. Sie sollten lernen, sich „mit unterschiedlichen Perspektiven kritisch auseinanderzusetzen, auch mit den eigenen“.

Von „Genderstudies“ bis zum Nebelvorhersagesystem

Doch die nun im „Fall Nuhr“ zur Besinnung gekommenen DFG-Repräsentanten entstammen dem linksliberal-grünem Establishment. Und wie die geistesverwandten, nur weniger gebildeten Klimahysteriker, die vorgeben, „der“ Wissenschaft zu folgen, heißt es für sie im Zweifel auch: hier die Freunde der Wissenschaft, dort ihre Feinde, die „Populisten“. Strohschneider hat in vielen Reden seit 2015, in denen er sich emphatisch zur „Willkommenskultur“ äußerte, die mit wissenschaftlichen Argumenten von Ökonomen, Juristen, Demographen, Soziologen und Islamwissenschaftlern vorgetragene Kritik an der Masseneinwanderung stets als „populistisch“ diffamiert. Auch Präsidentin Becker kennt keine „Andersdenkenden“ mehr, sondern nur ominöse „Populisten“, nach der Devise: „Was Wissenschaft ist, bestimmen wir!“ Man verweigert einfach das Gespräch, um nicht in einen Abgrund von Irrtümern blicken zu müssen – unter den Dutzenden Kampagnen-Statements ist kein einziges von „Dissidenten“ à la Werner Patzelt, Bernd Lucke oder Ulrich Kutschera.

Von dieser Position aus ist der Respekt vor dem „Fridays for Future“-Mob so wenig verwunderlich wie die Blindheit der DFG-Funktionäre gegenüber den Akteuren der „Politischen Korrektheit“ und der „Cancel Culture“, die mit ihrer Mimikry von „Genderstudies“ bis „Kritische Weißseins-Forschung“ den Raum der Wissenschaft von innen heraus zerstören. Wobei sie sich der üppigen DFG-Alimentation sicher sein dürfen. Im stark mit „Forschungen“ zur „Geschlechterdifferenz und Geschlechterkonstruktion“, zu „Interkulturalität, Gender- und Postcolonialstudies“ gespickten Förderplan des Etats für Geistes- und Sozialwissenschaften (2019: 492 Millionen Euro) spießte kürzlich Henryk M. Broder exemplarisch ein Projekt des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung auf: „Jüdische Zuhälter, Prostituierte und Frauenrechtler im transnationalen deutschen und britischen Kontext 1875–1940“. Zeitgeistgerecht bewilligte die DFG dieses „Gender-Studies und Migrationsforschung“ verbindende Projekt über „Juden im Sexhandel“, das für Broder „antisemitisch durchtränkter Dreck“ ist.

Auch wenn etwa das Dortmunder Projekt 366.195.702 („Pendeln und Aktivitätsmuster im Genderkontext“) unter Verkehrsforschung firmiert, konzentriert sich die ideologische Schlagseite der DFG in der geistes- und sozialwissenschaftlichen Förderpraxis. Die Natur-, Lebens- und Ingenieurwissenschaften bleiben davon noch unberührt – außer beim Klimathema. Wie der Jahresbericht anhand zahlreicher Projekte dokumentiert, die Deutschlands Platz als Technologiestandort sichern sollen. Das reicht von der Entwicklung eines zuverlässigen Nebelvorhersagesystems und den Bemühungen, Unsicherheiten in den Wettervorhersagen zu minimieren, über die Verbesserung der Methoden zur Analyse und Interpretation von komplexen genomischen Krebsdaten bis zur Erprobung des Einsatzes Künstlicher Intelligenz, um neurologische und psychiatrische Erkrankungen besser behandeln zu können.

Hundert Jahre Wissenschaftsförderung

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) entstand 1951 aus der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und dem 1949 konstituierten Forschungsrat. 69 Prozent ihres 3,3-Milliarden-Etats kommen vom Bund und 29 Prozent von den Bundesländern, nur zwei Prozent stammen aus EU- und privaten Mitteln. DFG-Präsidentin ist seit Jahresanfang Katja Becker, die an der Uni Gießen den Lehrstuhl für Biochemie und Molekularbiologie innehat. 2019 wurden 31.150 Projekte gefördert. Mit 725,4 Millionen Euro floß der Löwenanteil der DFG-Fördergelder in die Medizin, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften (639,2 Millionen) sowie den Geistes-, Sozial- und Verhaltenswissenschaften (492 Millionen) und der Biologie (394,2 Millionen). Die Physik erhielt 286,5 Millionen, die Chemie 211,6 Millionen, die Geowissenschaften 150,5 Millionen und die Mathematik 86,5 Millionen Euro. Die Agrar- und Forstwissenschaft sowie die Tiermedizin bekamen nur 46,9 Millionen Euro.

Kampagne „Gemeinsam #fürdasWissen“: [dfg2020.de](https://www.dfg2020.de)